



# Der Schweizer Erweiterungsbeitrag Bilanz zum Abschluss der Länderprogramme in den EU-12 Staaten



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung  
und Zusammenarbeit DEZA

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Titelbild links: Die Schweiz unterstützte mit ihrer Expertise die Reform des dualen Bildungssystems in Bulgarien. Das neue Berufsbildungs-Modell beinhaltet mehr Praxis und eine aktive Beteiligung von Firmen an der Lehre. Über 170 Firmen sind aktiv involviert bei der Erarbeitung von Lehrplänen oder investieren in die Weiterbildung von Lehrpersonen sowie in Werkstätten. © DEZA

Titelbild rechts: In Estland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowenien und Ungarn förderte die Schweiz die Nutzung erneuerbarer Energien und die Erhöhung der Energieeffizienz. Gesamthaft investierte die Schweiz rund 200 Millionen Franken in diesen Bereich. Der jährliche Kohlendioxidausstoß reduziert sich dank den Massnahmen um rund 100 000 Tonnen pro Jahr. ©SECO

# Liebe Leserinnen und Leser

Seit Dezember 2019 ist die zehnjährige Umsetzungsfrist des Schweizer Erweiterungsbeitrags an zwölf der 13 Länder, welche der Europäischen Union (EU) seit 2004 beigetreten sind (EU-12 Staaten), abgelaufen. Einzig in Kroatien laufen die Projekte des Erweiterungsbeitrags noch bis 2024, da das Land erst später der EU beigetreten ist. Insgesamt hat die Schweiz in den EU-12 Staaten seit 2007 mit einem Beitrag von 1.257 Milliarden Franken 249 Projekte und thematische Fonds unterstützt. Im vorliegenden Jahresbericht ziehen das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO und die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA Bilanz: Konnte der Beitrag den Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der EU wirksam unterstützen?

Die Resultate der Zusammenarbeit sind eindrücklich: Im Umweltbereich entlasten Investitionen in die Energieeffizienz und erneuerbare Energien die Atmosphäre um jährlich rund 100 000 Tonnen CO<sub>2</sub>, die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs wurde gesteigert und 130 000 Tonnen Asbest fachgerecht entsorgt. Die Projekte zur Förderung des Wirtschaftswachstums schufen mehr als 8 000 Stellen und ermöglichten dank 128 Forschungspartnerschaften zwischen der Schweiz und den EU-12 Staaten die

Anmeldung von 30 neuen Patenten. Die Schweiz hat auch einen wichtigen Beitrag im Sozialbereich geleistet. Beispielsweise erhielten über 100 000 Roma besseren Zugang zu Gesundheits- und Bildungseinrichtungen. Zum Schutz der öffentlichen Sicherheit erhielten mobile Einsatzgruppen der Polizei an der Schengen-Aussengrenze rund 100 Spezialfahrzeuge und investierten in Weiterbildungsmassnahmen. Zur Stärkung der Zivilgesellschaft unterstützte die Schweiz ausserdem mehr als 900 Projekte von Nichtregierungsorganisationen, insbesondere in den Bereichen Umweltschutz und Gesundheit.

Dieser Beitrag zu einem sicheren, stabilen und prosperierenden Europa liegt im Interesse der Schweiz. Sie wird als zuverlässige und innovative Partnerin wahrgenommen, die sich konstruktiv an der Lösung grenzüberschreitender Herausforderungen in Europa beteiligt. Denn hinter den Zahlen stehen immer Menschen. Menschen, die ihre Ideen verwirklichen und ihre Lebensumstände verbessern konnten. Dadurch sind zahlreiche Partnerschaften entstanden, welche die Schweiz und ihre Partnerländer in der EU auch in Zukunft verbinden werden.

Wir wünschen Ihnen eine gute Lektüre.



Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch

Staatssekretärin  
Direktorin des SECO



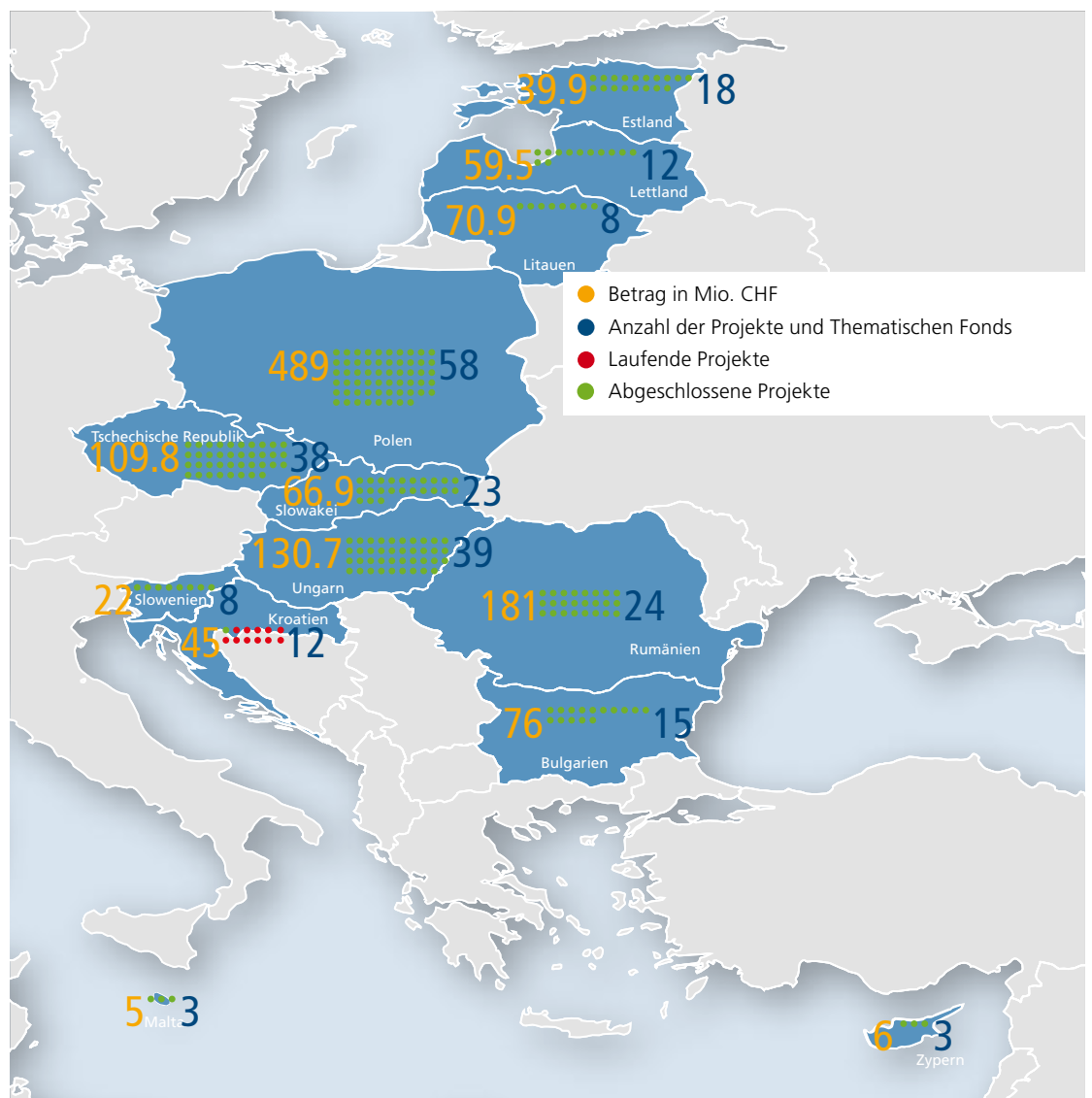
Manuel Sager

Botschafter  
Direktor der DEZA

# Der Erweiterungsbeitrag in Kürze

Mit dem Erweiterungsbeitrag von insgesamt 1.302 Milliarden Franken unterstützt die Schweiz autonom bilaterale Projekte in denjenigen Ländern, welche der Europäischen Union (EU) seit dem Jahr 2004 beigetreten sind. Der Erweiterungsbeitrag trägt dazu bei, die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU abzubauen. Er stützt sich auf den Volksentscheid von 2006, mit dem die Schweizer Stimmberechtigten das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas genehmigt haben.

Der Erweiterungsbeitrag ist ein Zeichen der Solidarität und der Verantwortung der Schweiz. Er beruht aber auch auf Eigeninteresse: Mit den Projekten werden zahlreiche Partnerschaften gefördert. Durch die Zusammenarbeit festigt die Schweiz die Beziehungen zu den neuen EU-Mitgliedstaaten und zur gesamten EU. Der Erweiterungsbeitrag ist ein wichtiger Teil der Schweizer Europapolitik und stärkt das Ansehen der Schweiz. Dadurch erhöhen sich auch die Chancen von Schweizer Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen in der EU. Ein weiteres Ziel ist es, zur Lösung von grenzüberschreitenden Herausforderungen wie beispielsweise dem Klimaschutz oder der Bekämpfung der organisierten Kriminalität beizutragen.

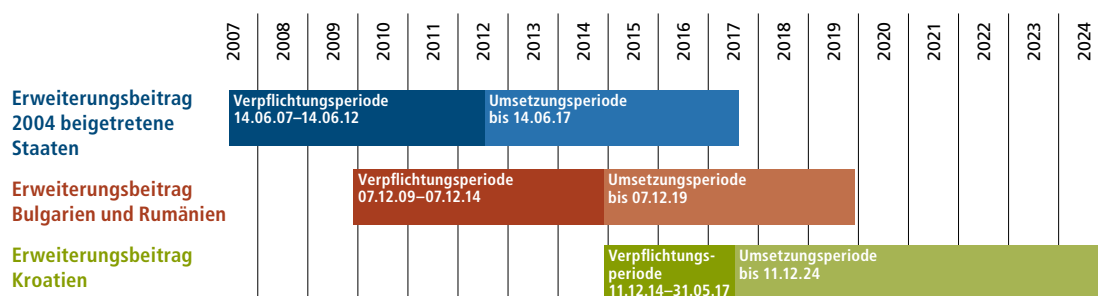


Die Aufteilung des Erweiterungsbeitrags auf die 13 Partnerstaaten erfolgte auf Basis der Bevölkerungsgrösse und des Pro-Kopf-Einkommens. Die Schweiz entschied in Absprache mit den Partnerländern und unabhängig von der EU, welche Projekte sie unterstützt.

2017 haben Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern ihre Projekte abgeschlossen. Bulgarien und Rumänien folgten im Dezember 2019. Einzig die Projekte in Kroatien sind noch in Umsetzung.

## Zeitlicher Rahmen des Erweiterungsbeitrags

Die Projekte des Erweiterungsbeitrags müssen innerhalb von zehn Jahren abgeschlossen sein. Die Verpflichtungsperiode dient der Identifikation der Projekte. Danach folgt die Umsetzungsperiode, innerhalb derer alle Projekte abgeschlossen werden müssen.



## Der Erweiterungsbeitrag in Zahlen:

**1.302 Milliarden** Franken zur Verringerung wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten in der erweiterten EU

**13** Partnerstaaten: Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern

**5** Projektziele: Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern; Soziale Sicherheit erhöhen; Umwelt schützen; Öffentliche Sicherheit erhöhen; Zivilgesellschaft stärken

**10 %** des Erweiterungsbeitrags kamen den in den Programmen involvierten Schweizer Unternehmen, Hochschulen und anderen Schweizer Institutionen zugute

### Gute Noten für den Erweiterungsbeitrag – kein Grund sich zurückzulehnen

Die in den vergangenen Jahren von der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) durchgeführten Audits und die unabhängige, externe Evaluation bestätigen, dass sich das Konzept des Erweiterungsbeitrags bewährt hat und seine Umsetzung ordnungsgemäss erfolgt ist. Die Evaluation hat ergeben, dass der Beitrag erfolgreich umgesetzt wurde und die Projekte einen positiven Beitrag zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den 13 Partnerländern leisten. Bei der grossen Mehrheit der Projekte wurden und werden die Ziele erreicht oder sogar übertroffen.

Im Hinblick auf einen zweiten Beitrag enthält die Evaluation insbesondere folgende Empfehlungen:

- › Stärkere Konzentration auf Themen und Regionen;
- › Vereinfachung der Projektgenehmigung, aber ohne die Qualität zu beeinträchtigen;
- › Klarere Vorgaben und schlankeres System für die Berichterstattung auf der Projektebene;
- › Verstärkung der Kommunikationsmassnahmen in den Partnerländern.

**DEZA und SECO sehen das Verbesserungspotenzial und wollen dieses nutzen.**



# Resultate in den EU-12 Staaten

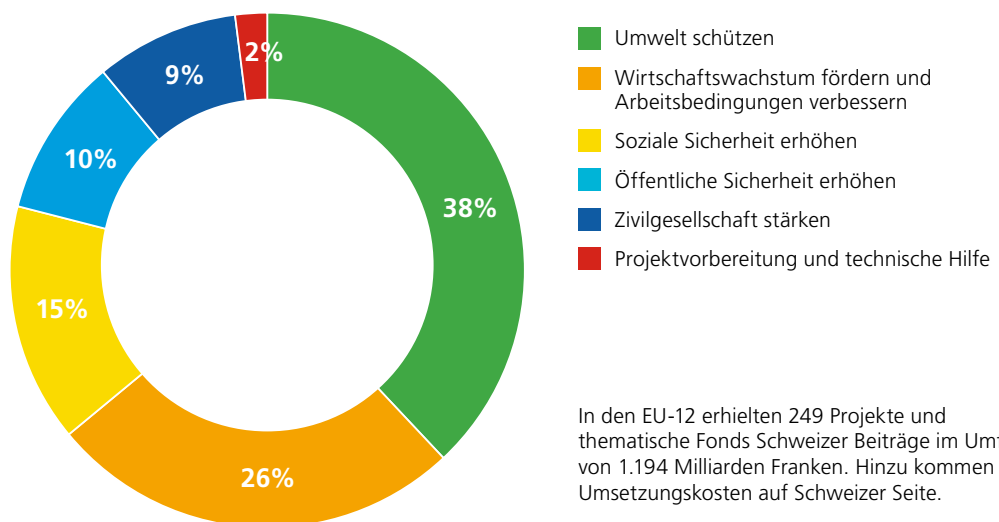
## Die 5 Ziele des Erweiterungsbeitrags

Der Erweiterungsbeitrag trägt zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU bei. Um dies zu erreichen, werden die Umwelt besser geschützt und das Wirtschaftswachstum gefördert. Ein weiterer Fokus liegt auf den Bereichen soziale und öffentliche Sicherheit sowie Stärkung der Zivilgesellschaft.

Seit 2019 sind die Länderprogramme in den EU-12 Staaten abgeschlossen. In den verschiedenen Zielbereichen hat die Schweiz relevante Beiträge zur Lösung von Problemen und zur Verbesserung der Lebensumstände einer Vielzahl von Menschen

geleistet. Zudem dienen die Resultate vieler Projekte als Modellbeispiele für die Anwendung in anderen Landesteilen und für weiterführende System- und Politikreformen in den Partnerländern. Die Wirkungen des Erweiterungsbeitrags lassen sich in den gesamtwirtschaftlichen Statistiken kaum nachweisen. In ihrer Gesamtheit tragen die Programme und Projekte des Erweiterungsbeitrags jedoch zum Abbau von Ungleichheiten in der erweiterten EU bei. Die folgenden Kapitel illustrieren dies anhand von Beispielen. Der Anhang des Berichts gibt einen vertieften Einblick in einzelne Projekte.

## Aufteilung des Erweiterungsbeitrags an die EU-12 Staaten nach Zielen



# Umwelt schützen

In den EU-12 Staaten kamen rund 450.7 Millionen Franken des Erweiterungsbeitrags Projekten zugute, die dem Umweltschutz dienen. Dazu gehören Infrastrukturprojekte, die die Energieeffizienz, die Nutzung erneuerbarer Energien, den öffentlichen Verkehr, die Entsorgung von Sonderabfällen, die Abwasserreinigung, die Trinkwasserversorgung sowie die Umweltüberwachung fördern. Da die Umweltverschmutzung und insbesondere der Klimawandel keine Landesgrenzen kennen, sind diese Projekte auch im Interesse der Schweiz. Für die Schweiz, als eine der führenden Cleantech-Nationen, eröffnet dieser Bereich neue Absatzmärkte.



**Energieeffizienz und erneuerbare Energie:** Dank des Erweiterungsbeitrags konnten in Estland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowenien und Ungarn die Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien in 25 000 Haushalten und rund 500 öffentlichen Gebäuden erhöht werden. In Polen wurde ein mit Biomasse betriebenes Heizkraftwerk gebaut und das Heizsystem in Warschau energieeffizient renoviert. Slowenien hat eine Lärmschutzwand mit Solarzellen bestückt. Der jährliche Kohlendioxidausstoss reduziert sich dank diesen Massnahmen insgesamt um mehr als 100 000 Tonnen pro Jahr. Wichtig war bei diesen Projekten auch die Sensibilisierung der Bevölkerung für den Klimaschutz und der fachliche Austausch mit Schweizer Fachkräften.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 196.6 Millionen Franken.*



**Öffentlicher Verkehr:** In Bulgarien, Polen, Rumänien und der Tschechischen Republik profitieren die Fahrgäste von Verbesserungen im öffentlichen Verkehr. Finanziert wurden einerseits neue Züge, Bahnhöfe, Tram- und Trolleybuslinien sowie Tramhaltestellen. Andererseits unterstützte die Schweiz auch Studien und Planungskonzepte für eine nachhaltige Mobilität sowie den Austausch mit Schweizer Fachkräften. Die stärkere Nutzung des öffentlichen Verkehrs trägt zur Reduktion der Treibhausgasemissionen und zur Verbesserung der lokalen Luftqualität bei. Aus den Verkehrsprojekten erhielten Schweizer Firmen Aufträge im Umfang von mehreren Millionen Franken.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 78.6 Millionen Franken.*



**Abfallentsorgung:** 44 000 polnische Haushalte haben asbesthaltige Materialien von ihren Hausdächern entfernt. Dank diesen Gebäudesanierungen konnten 130 000 Tonnen asbesthaltige Materialien umweltgerecht und dauerhaft entsorgt werden. Fünf Gemeinden beteiligten sich ausserdem am Bau einer neuen Entsorgungsanlage und sanierten vier Deponien. In Lettland wurden auf dem Hafengelände Rigas flüssige Ölschichten abgepumpt und verschmutzter Boden abgetragen. Dadurch reduzierte sich die Grundwasserverschmutzung um 60–70 %. Die Beratung und der Austausch mit Schweizer Fachkräften sowie eine Schweizer Technologie zur Überwachung der Sanierung trugen zum Gelingen des Projekts bei. In Bulgarien unterstützte die Schweiz die Entsorgung von rund 3 800 Tonnen giftiger Pestizide aus Zeiten des Kommunismus. Diese befanden sich in Lagerhäusern, die allmählich zerfielen. Um die Pestizide fachgerecht zu entsorgen, wurden diese abtransportiert und durch spezialisierte Unternehmen unter anderem in der Schweiz fachgerecht verbrannt. Ausserdem haben fünf bulgarische Gemeinden Sammelstellen für Sonderabfälle aus Haushalten gebaut.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 76.2 Millionen Franken.*



**Abwasserreinigung:** In acht slowakischen Gemeinden wurden 90 Kilometer Kanalnetz neu gebaut oder modernisiert. Dadurch können 10 000 Personen an das Kanalisationsnetz angeschlossen werden. Dies trägt nicht nur zum Gewässerschutz bei, sondern verbessert auch die Lebensbedingungen in den Gemeinden. Der Bau einer Kläranlage zur Behandlung von Industrie- und Haushaltsschlamm konnte in Zypern die Umweltverschmutzung reduzieren.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 30.9 Millionen Franken.*



**Trinkwasserversorgung:** In Ungarn wurden 150 Kilometer Rohrleitungen renoviert oder neu verlegt. 200 000 Personen profitieren so von besserer Wasserqualität und tieferen Wartungskosten.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 24.9 Millionen Franken.*



**Biodiversität:** Massnahmen wie der Schutz von 4 000 Hektaren Naturlandschaft erhöhen die Artenvielfalt bei Tieren und Pflanzen in Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarn. In vielen Fällen entstanden Partnerschaften mit Schweizer Naturschutzorganisationen. Zudem wurden tausende Personen aus der Verwaltung sowie der Land- und Forstwirtschaft geschult. In einigen Ländern wurde viel Wert auf die Sensibilisierung von Kindern im Grundschulalter gelegt. So wurden in Ungarn mehr als 200 000 Kinder und Jugendliche direkt in Naturschutz-Aktivitäten einbezogen.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 24.1 Millionen Franken.*



**Umweltüberwachung:** Dank der Modernisierung der Laboratorien und Überwachungsstationen von 16 Inspektoraten, Agenturen und Forschungsanstalten in Estland und Ungarn können Abfalldeponien, Wasser, Luft, Radioaktivität und Naturgefahren besser überwacht werden. Die flächendeckenden und zuverlässigen Umweltdaten braucht es nicht nur, um diverse EU-Richtlinien umzusetzen. Sie ermöglichen es den Behörden auch, fundierte und wirksame Entscheidungen zum Schutz der Umwelt zu treffen. Die Projekte ermöglichten den Austausch mit Schweizer Fachkräften. Des Weiteren erhielt eine Schweizer Firma den Lieferauftrag für Hard- und Software zur Echtzeitvermessung mit GPS.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 19.3 Millionen Franken.*



«Das Projekt wird die Lebensqualität der Menschen verbessern.» Miroslav Michalka, slowakischer Bürgermeister, über die von der Schweiz mitfinanzierte Modernisierung der Abwasserreinigung in acht slowakischen Gemeinden.

In Lettland wurden auf dem Hafengelände Rigas 1 700 Tonnen flüssige Ölschichten abgepumpt und 7 000 Tonnen verschmutzter Boden abgetragen. Dies ist mehr als doppelt so viel wie ursprünglich geplant. Die Grundwasserverschmutzung reduzierte sich um 60–70 %.  
© SECO



Die ganze Region hat ein besseres Verständnis für die Vorteile erneuerbarer Energien entwickelt.» Rok Šimenc, Direktor der regionalen Entwicklungsagentur BSC Kranj über die Informationskampagne im Rahmen der Energieprojekte in Slowenien.

Die Schweiz förderte in Polen zehn Projekte im Bereich Nutzung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz. In mehreren Schulen fanden Lehrveranstaltungen zum Thema statt. Das Bild zeigt eine Preisverleihung für Kinder, die an einem Kunst-Wettbewerb zum Thema Solarenergie teilgenommen haben. © SECO





«Die Verbesserung des Zustands der Gleise und Bahnübergänge hat die Verkehrssicherheit deutlich erhöht. Die neuen Züge berücksichtigen auch die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen und eingeschränkter Mobilität. All das trägt zum positiven Image der Warschauer S-Bahn sowie zur Zufriedenheit ihrer Benutzer bei.» Jolanta Dałek, Finanz- und Wirtschaftsdirektorin der Warschauer Stadtbahn

In Sofia sind 28 Basler Trams unterwegs. Die Mitarbeitenden der Basler Verkehrsbetriebe haben ihre bulgarischen Kollegen geschult, um sicherzustellen, dass der Unterhalt und der Betrieb der Basler Trams in Bulgarien gewährleistet sind. © SECO



# Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern ■

In den EU-12 Staaten unterstützte die Schweiz mit 317.4 Millionen Franken Projekte, die das Wirtschaftswachstum fördern und die Arbeitsbedingungen verbessern. Dazu gehören der Zugang zu langfristiger Finanzierung für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU), Forschungs- und Stipendienprogramme, die Unterstützung strukturschwacher Regionen, die Anwendung internationaler Normen im Bereich der Rechnungslegung sowie die Förderung von Berufsbildung und sozialer Verantwortung der Unternehmen. Auch die Schweizer Exportindustrie und Investoren profitieren von den osteuropäischen Wachstumsmärkten und von einem günstigen Umfeld zum Aufbau neuer Geschäftsbeziehungen. Dies trägt letztlich zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Schweiz bei. Der starke Fokus des Erweiterungsbeitrags auf die bilaterale Forschungszusammenarbeit stärkt ausserdem den Forschungsstandort Schweiz.



**Finanzierung für KMUs:** Durch den Erweiterungsbeitrag erhielten mehr als 2 500 Unternehmen in Lettland, Polen, Rumänien, der Tschechischen Republik und Ungarn Kredite, Risikokapital und Garantien für Investitionskredite. So konnten sie rund 7 000 Arbeitsplätze schaffen. Nach Programmabschluss laufen die Fonds weiter und sichern künftig weitere Arbeitsplätze. Diese Projekte eröffneten auch Geschäftsmöglichkeiten für einen Schweizer Investitionsfonds.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 110.6 Millionen Franken.*



**Forschung und Entwicklung:** Die Schweiz hat 128 Forschungspartnerschaften finanziert und ermöglichte so die Anmeldung von 30 neuen Patenten. Qualitativ hochwertige Grundlagenforschung wurde in ausgewählten wissenschaftlichen Themen (beispielsweise im Umwelt- und Gesundheitsbereich) durchgeführt. Dies ist ein wesentlicher Standortfaktor für Unternehmensentwicklung und schafft attraktive Arbeitsplätze. Ausserdem konnten rund 655 junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zwischen 2011 und 2019 an mehrmonatigen Forschungsaufenthalten in der Schweiz teilnehmen. Insgesamt haben die Forschungspartnerschaften wesentliche Ergebnisse für die Lösung von globalen Herausforderungen ermöglicht; beispielsweise zur Lagerung radioaktiver Abfälle oder in der Schmerzforschung. Entsprechend positiv hat die internationale Forschungsgemeinschaft auf die Publikationen der Partnerinstitutionen in renommierten Zeitschriften reagiert. Dies wiederum erlaubte den Forschenden, international vernetzt zu bleiben. Es entstanden günstige Bedingungen für einen langfristigen Wissensaustausch mit Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 107.3 Millionen Franken.*



**Regionale Entwicklung und Beschäftigung:** Die Schweiz hat einen Beitrag zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in strukturschwachen Regionen der Slowakei, Polens und Ungarns geleistet. In insgesamt 15 Projekten wurden mehr als 24 000 Personen ausgebildet, rund 160 Unternehmen gegründet, 900 Arbeitsplätze geschaffen sowie weitere 1 000 lokale Kleinunternehmen und landwirtschaftliche Betriebe unterstützt. Der Ausbau von sportlichen und kulturellen Einrichtungen sowie der Aufbau von Tourismuszentren mit modernen Informationssystemen machen die Regionen attraktiver für den Tourismus.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 60.9 Millionen Franken.*



**Regulierung des Finanzsektors:** Der Erweiterungsbeitrag finanzierte die Weiterbildung von Behörden und Verbänden in der Anwendung internationaler Normen im Bereich Rechnungslegung und Buchprüfung. Wichtig war bei diesen Projekten der internationale Erfahrungsaustausch, unter anderem mit Schweizer Aufsichtsorganen. International vergleichbare Rechnungslegungen und nachvollziehbare Abschlussprüfungen verbessern das Investitionsklima und die Stabilität des Finanzsektors in Estland, Lettland, Polen, Slowenien und der Tschechischen Republik. Ein weiteres Projekt erhöht die Datensicherheit im rumänischen Finanzministerium.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 20.4 Millionen Franken.*



**Berufsbildung:** Berufsbildungsprogramme in Bulgarien, Rumänien, der Slowakei und Zypern erleichtern Jugendlichen den Einstieg ins Berufsleben und tragen zur Minderung der Jugendarbeitslosigkeit bei. In der Slowakei haben 440 Jugendliche die mit dem Erweiterungsbeitrag entwickelten praxisnahen Ausbildungsprogramme absolviert. Aufgrund der positiven Projekterfolge hat die slowakische Regierung eine nationale Rechtsgrundlage für ein duales Berufsbildungssystem geschaffen, das teilweise auf dem Schweizer Modell basiert. In Bulgarien wurde eine Berufsbildungsreform unterstützt, die den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes besser Rechnung trägt. So sind nun Unternehmen an der Lehrplanentwicklung beteiligt und die Ausbildung im Betrieb wurde eingeführt. Dabei beteiligen sich 32 Berufsschulen, die über 1 600 Lernende ausbilden. In Rumänien haben über 9 000 Schülerinnen und Schüler an einem Bildungsprogramm teilgenommen, welches sie auf den Einstieg ins Berufsleben vorbereitet hat.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 10.4 Millionen Franken.*



**Exportförderung für KMU:** Dank Schulungen, Produktanalysen und neuen Qualitätssicherungskriterien sind rund 80 rumänische KMU aus den Bereichen biologische Landwirtschaft und Holzmöbelproduktion gut gerüstet für den internationalen Wettbewerb. Pilotprojekte in 177 polnischen KMUs stärken ausserdem die soziale Verantwortung der Unternehmen.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 7.4 Millionen Franken.*



**Öffentliches Beschaffungswesen:** In Bulgarien haben sich die Rahmenbedingungen für nachhaltige öffentliche Beschaffungen dank eines neuen Handbuchs, Schulungen und des Erfahrungsaustausches mit den Schweizer Behörden verbessert.

*Beitrag an EU-12 Staaten: 0.5 Millionen Franken*

«Manchmal ist ein finanzieller Engpass das einzige Hindernis, um Ideen zu verwirklichen.»  
Rolands Paņko, Vorstandsvorsitzender der lettischen Entwicklungsbank Altum über das von der Schweiz mitfinanzierte Mikrokreditprogramm.

Ein Unternehmen entwickelte mit Mitteln aus dem ungarischen Risikokapitalfonds ein «intelligentes» chirurgisches Messer, das die Analyse von Gewebe während Operationen erleichtert. Die Unterstützung von KMU mit Mikrokrediten, Risikokapital und Garantien schuf insgesamt 7 000 Arbeitsplätze in Lettland, Polen, Rumänien, der Tschechischen Republik und Ungarn.  
© SECO





«Dank meinem Aufenthalt in der Schweiz konnte ich mein Forschungsgebiet erweitern. Ich habe Techniken und Forschungsmethoden kennengelernt, die in Ungarn bis zu diesem Zeitpunkt unbekannt waren.» Peter Matus, Post-Doktorand aus Ungarn über das Schweizer Stipendienprogramm SCIEX.

128 bilaterale Forschungspartnerschaften ermöglichten die Anmeldung von 30 neuen Patenten in Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn. © DEZA



# Soziale Sicherheit erhöhen ■

Mit 176.6 Millionen Franken wurde eine breite Palette von Massnahmen für mehr soziale Sicherheit finanziert. Im Zentrum standen dabei ältere und kranke Menschen, Personen mit Behinderung sowie benachteiligte Gruppen wie die Roma. Chancengleichheit und Integration bauen soziale Spannungen ab. Die Projekte im Gesundheitsbereich eröffneten ausserdem Chancen für die Schweizer Medizintechnik-Industrie.



**Sozialdienste für benachteiligte Zielgruppen:** In Bulgarien, Rumänien, der Slowakei und Ungarn erhielten mehr als 100 000 Roma besseren Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen. Renovationen, Ausrüstung und Weiterbildung erhöhen die Lebensqualität in 50 polnischen, slowakischen und tschechischen Heimen für ältere Personen oder Menschen mit Behinderung. In Estland entstanden 14 zeitgemässe Wohnzentren, was rund 95 elternlosen Kindern ermöglicht, in einer geschützten Umgebung aufzuwachsen. In Lettland förderte die Schweiz 26 Jugendzentren.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 68.7 Millionen Franken.*



**Modernisierung von Spitälern:** Die Schweiz rüstete in Litauen 27 Geburtskliniken mit modernen medizinischen Geräten aus. Mehr als 2 300 Pflegerinnen und Pfleger haben an Schulungen teilgenommen. Der Erweiterungsbeitrag knüpfte an die Schweizer Transitionshilfe in den Neunzigerjahren an, welche die Gesundheit von Müttern und Kindern in Litauen bereits verbesserte. Die langjährige, umfassende Unterstützung im Aus- und Aufbau der litauischen Neugeborenenmedizin trug massgeblich zur Senkung der Säuglingssterblichkeit um 80 % gegenüber 1992 bei. Weiter hat die Bevölkerung in Malta und Zypern dank des Erweiterungsbeitrags besseren Zugang zu Krebsdiagnostik und Bestrahlungstherapie erhalten. In Estland verbessert ein Bewegungsapparat die Genesung von Verunfallten. Bei all diesen Projekten waren Partnerschaften mit Schweizer Spitälern sowie die Lieferung von Schweizer Medizinprodukten von Bedeutung.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 35.3 Millionen Franken.*



**Basisgesundheitsdienste:** Die Schweiz finanzierte die Renovation und Ausrüstung von neun Gesundheitszentren in der Tschechischen Republik, in denen Menschen mit chronischen und unheilbaren Krankheiten behandelt werden. Medizinische Angestellte und Nichtregierungsorganisationen im Bereich der Palliativ- und Langzeitpflege konnten Aus- und Weiterbildungskurse absolvieren, die zu einem würdevollen Leben für betreuungsbedürftige ältere Personen beitragen. Insbesondere in ländlichen, benachteiligten Regionen bestand Handlungsbedarf. So erhielten in Ungarns Nordosten 50 000 Personen in abgelegenen Gebieten besseren Zugang zu neu konzipierten Gruppenpraxen. In Bulgarien wurde in einem Pilotprojekt das System der häuslichen Pflege erprobt, welches sich am Schweizer Modell der Spitex orientiert. Weiter wurden in Rumänien sieben Gemeindezentren mit integrierten sozialen und medizinischen Leistungen aufgebaut. Damit verbunden war auch die Ausbildung von Pflegekräften.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 30.4 Millionen Franken.*



**Verschiedene soziale Dienstleistungen:** In Lettland erleichtern 110 neue Schulbusse rund 9 000 Kindern in ländlichen Streusiedlungen den sicheren Zugang zur Schule. Zudem wurden in abgelegenen Gemeinden Lettlands in 115 älteren öffentlichen Schulen Brandmeldeanlagen installiert, was die Sicherheit von rund 14 000 Schülerinnen und Schülern garantiert. In Estland modernisierte die Schweiz die Notfalldienste, so dass sich deren Reaktionszeit verkürzt und die Versorgungsqualität der Patienten landesweit verbessert hat. Durch die Zusammenarbeit zwischen den rumänischen Luftrettungsdiensten und der Schweizerischen Rettungsflugwacht (REGA) konnten 34 Pilotinnen und Piloten in verschiedenen Trainingseinheiten ihre Flugfertigkeiten trainieren. Dadurch konnten die Qualität und die Sicherheit der Luftrettungsdienste in Rumänien verbessert werden.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 25.2 Millionen Franken.*



**Prävention:** Mit Präventionskampagnen, die rund 1.5 Millionen Menschen erreichten, hat Polen Zahnproblemen, Hepatitis C sowie dem Alkohol- und Tabakkonsum vorgebeugt. Diese Präventionsprogramme haben alle zeitgemässe Kommunikationsmittel wie Sozialmarketing und Internetplattformen eingesetzt, um eine breite Schicht der polnischen Bevölkerung für Krankheitsrisiken zu sensibilisieren und über diese aufzuklären.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 17 Millionen Franken.*

Verschiedene Programme, vor allem im Gesundheits- und Schulbereich, fördern die Integration der Roma-Bevölkerung in Bulgarien, Rumänien, der Slowakei und Ungarn.  
© DEZA





«Was kann wichtiger sein als die Gesundheit von Müttern und Neugeborenen? Was kann bedeutender sein als der Beginn eines neuen Lebens auf dieser Welt und die Freude einer glücklichen Mutter? Diese rhetorischen Fragen brauchen keine Antwort. Wir möchten der Schweiz unseren aufrichtigen Dank aussprechen. Dank ihrer Unterstützung wurden in litauischen Spitälern hervorragende, behagliche und sichere Bedingungen für schwangere und gebärende Frauen sowie Neugeborene geschaffen.» Aurelijus Veryga, Gesundheitsminister Litauens, über die Schweizer Unterstützung für 27 litauische Spitäler.

In Bulgarien wurde in einem Pilotprojekt das System der häuslichen Pflege erprobt, welches sich am Schweizer Modell der Spitex orientiert. Dadurch konnte die Lebensqualität von 734 pflegebedürftigen Menschen stark verbessert werden. © DEZA



# Öffentliche Sicherheit erhöhen ■

Für Massnahmen zur Sicherung der Grenzen, für die Modernisierung des Gerichtswesens, für die Bewältigung von Naturkatastrophen und für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Korruption wurden 116 Millionen Franken bereitgestellt. Menschenhandel, irreguläre Migration und Schmuggel sind internationale Probleme, an deren Lösung auch die Schweiz interessiert ist.



**Grenzsicherheit:** Bei fünf Grenzübergängen in Estland und Polen erleichtern bessere Infrastruktur und Ausrüstung die Abwicklung des Grenzverkehrs. In Bulgarien wurde der Aufbau eines Schengen-konformen Informationssystems für die nationale Grenzkontrolle unterstützt. Durch ein neues E-Learning-Tool bekommen bulgarische Polizistinnen und Polizisten Informationen zum Schengener Abkommen vermittelt. In Zusammenarbeit mit Fachkräften aus der Schweiz konnten in Rumänien über 100 Sicherheitskräfte zum Thema irreguläre Migration sowie in Interviewtechniken und der Erkennung gefälschter Dokumente geschult werden.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 29.2 Millionen Franken.*



**Modernisierung des Gerichtswesens:** Die Verwendung von moderner Informationstechnologie zur Effizienzsteigerung im Gerichtswesen ist ein gesamteuropäisches Anliegen. In den drei baltischen Staaten sowie in der Slowakei wurden über 160 Gerichte und Gefängnisse mit teilweise mobiler, moderner Technologie für Videokonferenzen oder Audioaufnahmen ausgestattet. Ungarische Gerichtsgebäude erhielten eine bessere IT-Ausrüstung, Metalldetektoren und Röntgenscanner. In Rumänien wurden rund 10 000 Richter und Staatsanwälte in der Anwendung neuer Strafgesetze geschult. In Bulgarien wurden das Jugendstrafgesetz modernisiert und Verbesserungen in den Gerichtsräumlichkeiten sowie in der Ausbildung von Fachleuten durchgeführt.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 25.6 Millionen Franken.*



**Bewältigung von Naturkatastrophen und Notsituationen:** In Ungarn hat die Regierung mit dem Kauf von aufblasbaren mobilen Dämmen aus der Schweiz und mittels Ausbildung von Fachpersonen ihre Reaktionsfähigkeit bei Hochwasser wesentlich verbessert. In Polen und der Tschechischen Republik erhielten Behörden Unterstützung im Umgang mit Not- und Krisensituationen. In Estland wurden Fachleute zur Verbesserung des Brandschutzes ausgebildet und 175 Spitäler mit Rettungsdecken und feuerfestem Bettmaterial ausgerüstet.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 16 Millionen Franken.*



**Innere Sicherheit:** Die Anzahl der Verkehrstoten konnte in Polen seit 2012 um rund 17 % gesenkt werden – nicht zuletzt dank von der Schweiz unterstützter Polizeiausbildungen und verkehrsberuhigender Massnahmen. In Rumänien und Ungarn erfolgte ausserdem die Einführung des Konzepts der bürgernahen Polizei in kleineren Städten, dies in Zusammenarbeit mit Fachkräften aus der Schweiz. In Rumänien wurden rund 3 000 Polizistinnen und Polizisten zum Thema Kommunikation und Mediation geschult.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 22.5 Millionen Franken.*



**Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität:** Über 4 000 Polizeiangehörige profitierten in Bulgarien, Estland, Rumänien, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn von Weiterbildungskursen. Parallel dazu wurde die technische Ausrüstung der Polizeieinsatzkräfte und Informatiksysteme für die Ermittlung und Analyse erneuert. Die meisten Projekte förderten die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Justiz- und Sicherheitsbehörden sowie deren Integration in die europäischen Netzwerke. In Bulgarien und Rumänien wurden des weiteren Massnahmen gegen den Menschenhandel umgesetzt. Auch die Zusammenarbeit mit Schweizer Behörden wurde unterstützt.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 22.7 Millionen Franken.*

«Neue Ausrüstungen und Ausbildungen haben die Bekämpfung von organisiertem Verbrechen in Estland und an den EU-Aussengrenzen effizienter gemacht.» Aleksander Miksjuk, Finanzbeamter in Estland über die von der Schweiz unterstützte automatische Nummernschilderkennung in Seehäfen

Polizeiausrüstung und Weiterbildungen fördern die Bekämpfung organisierter Kriminalität und Korruption in Bulgarien, Estland, Rumänien, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn. © DEZA





Dank neuer Ausrüstung und Schulungen sind polnische und slowakische Behörden besser auf Krisensituationen vorbereitet. © DEZA



# Zivilgesellschaft stärken ■

Der Schweizer Beitrag finanzierte Projekte zur Förderung der Zivilgesellschaft in der Höhe von 110 Millionen Franken. Sie trugen zur Verbesserung von Lebensbedingungen bei und förderten Partnerschaften mit Schweizer Institutionen. Die Schweiz unterstützte mehr als 1 000 Projekte mit Beiträgen zwischen 10 000 und 250 000 Franken.



**Nichtregierungsorganisationen:** In allen Ländern ausser Malta konnten lokale Nichtregierungsorganisationen Gesuche einreichen zur Finanzierung von Projekten, welche die Zivilgesellschaft stärken. Die rund 935 unterstützten Projekte sind vorwiegend in den Bereichen soziale Dienste und Umweltschutz angesiedelt. Im Rahmen der sozialen Projekte wurden Randgruppen unterstützt, zum Beispiel Kinder, welche in der Familie Gewalt erfahren haben, oder ältere Menschen, die in Armut leben. Weitere Projekte bezweckten die Unterstützung und Besserstellung von körperlich oder geistig behinderten Menschen. Im Umweltbereich erhielten beispielsweise Projekte in Umwelterziehung, biologischer Landwirtschaft oder Tierschutz finanzielle Beiträge. Als Resultat wurde sowohl die Qualität der sozialen Dienstleistungen verbessert, als auch die Rolle der Nichtregierungsorganisationen in der Gesellschaft und gegenüber den staatlichen Institutionen gestärkt.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 78.4 Millionen Franken.*



**Bilaterale Partnerschaften:** Die Partnerschaftsfonds unterstützten den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Partnerländern und der Schweiz. Gemeinden, Städte, Stiftungen und Vereine konnten sich gleichermaßen beteiligen. Umgesetzt wurden rund 270 Projekte in Bulgarien, Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn. Es entstanden wertvolle und nachhaltige Partnerschaften in den unterschiedlichsten Bereichen, wie zum Beispiel Langsamverkehr, Abfallbewirtschaftung, Stärkung der Demokratie, Kultur, Umweltbildung an Schulen oder soziale Eingliederung von Minderheiten.

*Beitrag an die EU-12 Staaten: 31.6 Millionen Franken.*

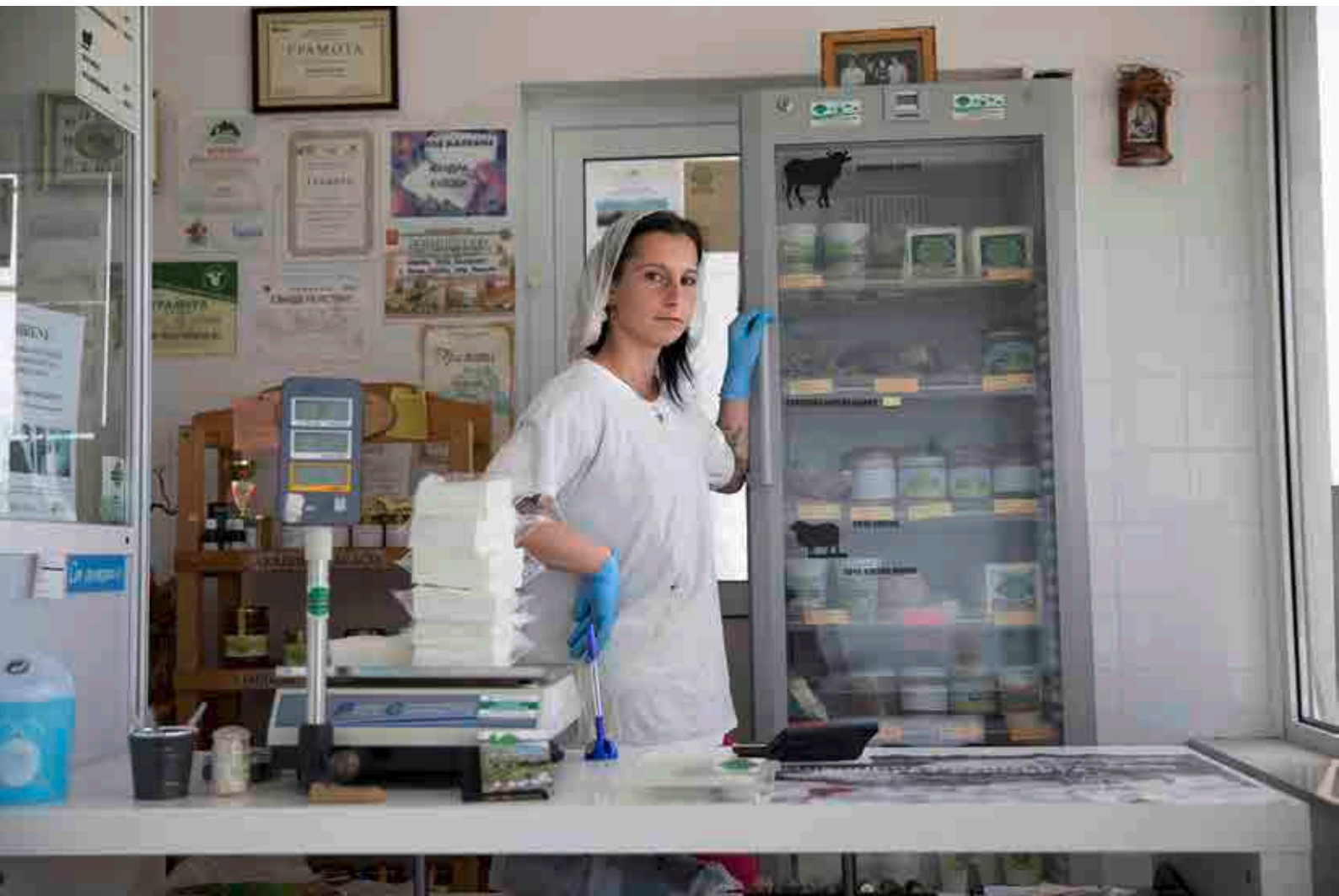


«Das «Institut international des Droits de l'Enfant» schätzt den tschechischen Ansatz, der verschiedene Fachleute zusammenbrachte, um einen interdisziplinären Ansatz für die Rechte des Kindes zu entwickeln. So ist ein professionelles Netzwerk entstanden, das sowohl für die Partnerinstitutionen als auch für die Betreuung gefährdeter Kinder wertvoll ist.»  
Paola Riva Gapany, Direktorin des Schweizer «Institut international des Droits de de l'Enfant» über ein schweizerisch-tschechisches Partnerschaftsprojekt.

Nichtregierungsorganisationen unterstützen die soziale, schulische und berufliche Integration von Menschen mit einer Behinderung in Rumänien. © DEZA



Durch die partnerschaftliche Zusammenarbeit von bulgarischen und Schweizer Nichtregierungsorganisationen wurde die Bio-Landwirtschaft, die Produktion von regionalen Produkten sowie der ökologische Tourismus gefördert, womit Arbeitsplätze und Perspektiven in einer der ärmsten Regionen der EU geschaffen werden konnten. © DEZA



# Schweizer Interessen

Der Erweiterungsbeitrag ist in mehrfacher Hinsicht im Interesse der Schweiz.

## Beziehungen zur EU festigen

Die Erweiterung der EU führt zur Stärkung von Stabilität, Demokratie, Wohlstand und Frieden in Europa. Mit dem Erweiterungsbeitrag unterstützt die Schweiz den Abbau von wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb der EU und beteiligt sich damit solidarisch an den Kosten der Erweiterung.

Mit dem Erweiterungsbeitrag festigt die Schweiz nicht nur die bilateralen Beziehungen zu den neuen EU-Mitgliedstaaten, sondern auch zur gesamten EU. Der Erweiterungsbeitrag ist Teil der Schweizer Europapolitik und stärkt das Ansehen der Schweiz im Ausland.

## Chancen für die Schweizer Wirtschaft nutzen

Die Erweiterung der EU hat der Schweiz viele Vorteile gebracht und erhebliche Export- und Investitionsmöglichkeiten eröffnet. Das Schweizer Engagement verbessert die Sichtbarkeit und damit auch die Chancen der Schweizer Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen, insbesondere im Rahmen der EU-Strukturfonds und des EU-Kohäsionsfonds. In einer über die Schweizer Botschaften durchgeführten Umfrage zeigte sich, dass Schweizer Unternehmen 2010-2015 mehr als 580 Aufträge im Umfang von rund zwei Milliarden Franken aus EU-finanzierten Projekten in den 13 Partnerländern erhalten haben. Da Schweizer Unternehmen gegenüber dem Bund keine Informationspflicht über erhaltene Aufträge haben, bildet diese Erhebung nur einen Teil der Aufträge ab.

Weiter gab es direkte Rückflüsse aus dem Erweiterungsbeitrag. Rund zehn Prozent der gesprochenen Beiträge kamen den im Programm involvierten Schweizer Unternehmen, Verbänden und Universitäten für ihre erbrachten Leistungen in den Partnerländern zugute.

## Partnerschaften stärken

Es entstanden mehrere hundert neue Partnerschaften zwischen Institutionen in den Partnerstaaten und der Schweiz. Bei den Schweizer Partnern handelte es sich um Stellen aus der Bundes- oder Kantonsverwaltung, Gemeinden, Städte, Stiftungen, Vereine, Nichtregierungsorganisationen sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Diese sind für die Vernetzung der Schweiz in Europa sehr wertvoll. Die Zusammenarbeit fördert den Wissens- und Erfahrungsaustausch sowie die Schweizer Präsenz in Europa.

## Grenzüberschreitende Herausforderungen annehmen

Zahlreiche Projekte waren im sicherheitspolitischen Interesse der Schweiz, da sie beispielsweise den Schutz der Schengen-Aussengrenzen, den Kampf gegen organisiertes Verbrechen oder die Integration von Migrantinnen und Migranten förderten. Auch die Umweltverschmutzung macht nicht an den Landesgrenzen halt. Schweizer Projekte halfen mit, Altlasten zu sanieren, die Luft- und Gewässerqualität zu verbessern und die Treibhausgase zu reduzieren.

# Projektbeispiele aus den EU-12 Staaten

Spezialisierte Entsorgungsunternehmen verpackten die Pestizide und transportierten sie in streng kontrollierte Verbrennungsanlagen.  
© SECO



## Pestizidentsorgung in Bulgarien

# Entschärfung eines schwerwiegenden Umweltproblems

In Bulgarien unterstützte die Schweiz die umweltgerechte Entsorgung giftiger Pestizide aus den Jahren des Kommunismus. Die heute verbotenen Pestizide lagerten in Lagerhäusern, die allmählich zerfielen.

In mehr als 200 bulgarischen Lagerhäusern lagerten mehrere tausend Tonnen giftige Restbestände von heute verbotenen Pestiziden und anderen Pflanzenschutzmitteln. Viele dieser Lager befanden sich in schlechtem Zustand und gefährdeten sowohl die umliegende Umwelt wie auch die öffentliche Gesundheit. Das Ausmass der Verschmutzung sowie die aufwändige Bearbeitung der gefährlichen Pestizide übertrafen die finanziellen und logistischen Mittel der betroffenen, meist ländlichen und finanzschwachen Gemeinden. Die Schweiz unterstützte daher die umweltgerechte Entsorgung dieser Substanzen

### Aufwändige umweltgerechte Entsorgung

Um die Pestizide fachgerecht zu entsorgen, mussten diese gesammelt, abtransportiert und in einem kostenintensiven Verfahren durch spezialisierte Unternehmen verbrannt werden. Da es in Bulgarien keine zugelassenen Verbrennungsanlagen gibt, erfolgte die Entsorgung unter anderem in der Schweiz. Der Transport in die Verbrennungsanlagen unterlag strengen internationalen Vorschriften, gemäss welchen alle Transitländer und das Bestimmungsland Bewilligungen erteilen und beim Grenzübertritt kontrollieren.

Um die korrekte Räumung und Reinigung der Lagerhäuser sowie ein korrektes Abpacken der Pestizide in den Lagerhäusern sicherzustellen, waren von der Schweiz finanzierte Experten im Einsatz. Sie dokumentierten die Verhältnisse beim Öffnen der Lagerhäuser mit Fotos und waren beim Verpacken, Wiegen und Verladen der Pestizide dabei. Damit kein Anreiz bestand, die Pestizide illegal zu deponieren, bezahlte die Schweiz die Entsorgungsunternehmen ausserdem nur für den Abfall, den sie tatsächlich in eine Verbrennungsanlage geliefert haben. Insgesamt konnten mit Schweizer Unterstützung 3 800 Tonnen Pestizide fachgerecht entsorgt werden.



Die Beobachtung der Sedimententwicklung in der Küstenregion ermöglicht es, Massnahmen zur Risikobegrenzung in Zusammenhang mit dem Klimawandel zu treffen. © Arno Mikkor, Nationale Koordinationsstelle Estland



## Überwachung der Umwelt in Estland

# Atemberaubend und wasserfest

Die Schweiz stattete estnische Laboratorien und Überwachungsstationen mit modernen Geräten aus und finanzierte die Schulung des Personals. Dadurch verfügt Estland über flächendeckende und zuverlässige Umweltdaten in den Bereichen Wasser, Luft, radioaktive Strahlung und Naturgefahren.

Im dünn besiedelten Estland gibt es weite Gebiete, wo die Natur unberührt ist. Die Nähe zum Wasser prägt das Land. Estland verfügt über mehr als 1 500 Inseln und 1 000 Seen. Zahlreiche Sümpfe, Hochmoore und Wälder prägen das Landschaftsbild.

Um diese einmalige Naturlandschaft zu erhalten, ist es wichtig, zuverlässige Umweltdaten erheben zu können. Nur so sind die estnischen Behörden in der Lage, fundierte Entscheidungen zum Schutz der Umwelt zu treffen. Besonders wichtig sind für Estland eine hohe Luft- und Wasserqualität, der Strahlenschutz und das Verhindern von Naturkatastrophen. Deshalb wurde die Umweltüberwachung insbesondere in diesen Bereichen verbessert.

### Moderne Geräte und Weiterbildungen

Einerseits beteiligte sich die Schweiz am Kauf moderner Mess- und Analysegeräte. Andererseits musste auch das Personal entsprechend geschult werden. Gesamthaft beteiligte sich die Schweiz an elf Umweltüberwachungsprojekten. Darunter sind folgende:

- › Das estnische Luftqualitätsnetzwerk wurde verbessert. Mit neuen Methoden und Analysegeräten können Schadstoffe und Feinstaub besser gemessen werden. Dies wiederum ermöglicht es, Aktionspläne gegen die Luftverschmutzung in städtischen Gebieten zu entwickeln. Schweizer und estnische Experten führten gemeinsam eine Messkampagne durch.
- › Eine Schweizer Firma lieferte Geräte nach Estland, mit denen beispielsweise verschmutzte Gebiete oder der Transport gefährlicher Materialien mittels Satelliten geortet werden können.
- › Forschende konnten mit Mitteln aus dem Erweiterungsbeitrag Geräte kaufen, mit denen sie die Sedimententwicklung in der Küstenregion und den Zustand des Meerwassers beobachten. Die so erhobenen Daten sind die Grundlage für geeignete Gewässerschutzmassnahmen und um Risiken infolge des Klimawandels zu begrenzen.

### Zuverlässige, flächendeckende und rasch verfügbare Umweltdaten

Dank der Umsetzung der Projekte kann Estland EU-Vorschriften im Bereich der Umweltüberwachung besser umsetzen und flächendeckend zuverlässige Daten sammeln. Die Kosten der Datenbeschaffung sanken um 40 %.

Dank einer Informationskampagne wurden über 20 000 Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler für die Themen erneuerbare Energie und Energieeffizienz sensibilisiert.  
© SECO



### Förderung erneuerbarer Energien in Slowenien

## Die längste Solarlärmschutzwand Sloweniens

Bisher stammte die grüne Energie in Slowenien fast ausschliesslich aus Wasserkraftwerken. Das wird sich nun ändern: Die Schweiz unterstützte in Slowenien ein Projekt, das auf andere erneuerbare Energien setzt.

Mit 3.68 Millionen Franken förderte die Schweiz die Nutzung erneuerbarer Energien in Gemeinden der slowenischen Küstenregion Primorska.

### Energie aus Sonne und Biomasse

Das Projekt bestand aus drei Komponenten: Erstens wurde entlang eines Teilstücks der Autobahn Richtung Italien eine 648 Meter lange Lärmschutzwand mit Solarzellen bestückt. Mit dieser Fotovoltaikanlage – es ist die längste Solarlärmschutzwand im ganzen Land – produziert der Ort Šempeter den Strom für die gesamte öffentliche Beleuchtung.

Als zweite Projektkomponente unterstützte die Schweiz die Installation von insgesamt 12 Biomasseheizungen, die mittlerweile 29 ausgewählte öffentliche Gebäude mit lokal produzierten Holzchips oder –pellets kostengünstig und nachhaltig beheizen. Zwölf der öffentlichen Gebäude wurden zusätzlich energieeffizient renoviert. Zu den Gebäuden gehören Schulen und Kindergärten mit fast 2 000 Kindern sowie zwei Informationszentren des Triglav-Nationalparks mit 45 000 Besuchern pro Jahr. Dank des Umstiegs auf Biomasse und der Renovationen reduzieren sich die Heizkosten in diesen Gebäuden um rund 50 % und der Energieverbrauch um 30 %.

### Informationskampagne

Der dritte Projektteil beinhaltete die Informationsarbeit. Im Triglav-Nationalpark, in den Schulen und in der Nähe der Solar-Lärmschutzwand wurden Bildschirme aufgestellt, welche die Produktion von erneuerbarer Energie und die CO<sub>2</sub>-Einsparungen laufend anzeigen. Über lokale Veranstaltungen, Prospekte, Lehrbücher, Internet und Medien wurden die breite Öffentlichkeit, lokale Wirtschaftsvertreter sowie rund 20 000 Lehrer und Schüler sensibilisiert. In Cerklje ob Kopar entstand ein neues Eco-Haus, wo sich Schulklassen des ganzen Landes über Nachhaltigkeitsthemen informieren. Ein renommiertes Wirtschaftsmagazin zeichnete das Projekt im Frühjahr 2015 als das erfolgreichste und nachhaltigste Bildungsprogramm in ganz Slowenien aus.

Die Ausbildung an der Berufsschule für Lebensmittelverarbeitung und Hoteldienstleistungen in Bratislava bereitet die Lehrlinge auf den slowakischen Arbeitsmarkt vor.  
© DEZA



### Reform des Berufsbildungssystems in der Slowakei

## Berufliche Perspektiven für Jugendliche

Die Schweiz unterstützte die Reform des slowakischen Berufsbildungssystems. Die geförderte Zusammenarbeit zwischen Berufsschulen, Branchenverbänden und Arbeitgeberorganisationen ermöglichte es, Berufsausbildungsprogramme besser auf die Anforderungen des slowakischen Arbeitsmarktes auszurichten. Damit leistete die Schweiz einen Beitrag zur Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit in der Slowakei.

Das duale Bildungssystem ist eine Stärke der Schweiz. Dank des engen Bezugs ihrer Berufsbildung zur Arbeitswelt verfügt die Schweiz im Vergleich zu anderen europäischen Ländern über einen hohen Anteil an gut qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

### Praxisbezogene Ausbildung erhöht Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Die Jugendarbeitslosigkeit in der Slowakei ist sehr hoch und lag zu Projektbeginn bei über 30 %. Gleichzeitig klagten viele Branchen, dass es schwierig sei, gut ausgebildetes Personal zu finden. Sie wünschten sich einen verstärkten Praxisbezug in der Berufsbildung. Die Berufsschulen stimmten ihre Ausbildungsprogramme ungenügend auf die von den lokalen Unternehmen benötigten Kenntnisse ab. Die Lehrpersonen nahmen wenig Rücksicht auf Prognosen, wie sich der slowakische Arbeitsmarkt weiterentwickeln würde. So entstanden Lücken zwischen den erworbenen Fähigkeiten und den Wünschen der Betriebe, was zur hohen Arbeitslosenquote von Jugendlichen beitrug.

Im Rahmen des Projekts wurde in enger Zusammenarbeit mit dem slowakischen Bildungsinstitut und dem Eidgenössischen Hochschulinstitut für Berufsbildung eine Reform des Berufsbildungssystems erreicht. So wurden Ausbildungsprogramme und Lehrgänge entwickelt, die sich stärker am Arbeitsmarkt orientieren. Lehrpersonal für Berufsschulen sowie Lehrmeisterinnen und –meister wurden innerhalb von Betrieben ausgebildet und landesweit wurde für die Vorteile der Berufsbildung geworben.

### Positive Bilanz

Gemeinsam mit Berufsschulen, Berufsverbänden und Arbeitgeberorganisationen wurden fünf Ausbildungsprogramme in den Branchen Technik, Chemie, Bäckerei-Konditorei, Glas, Bau und Coiffure an die Anforderungen des slowakischen Arbeitsmarktes angepasst. Die 440 Absolventinnen und Absolventen dieser Ausbildungsprogramme im Jahr 2017 fanden deshalb leichter eine Anstellung und erhielten damit eine positive Perspektive für ihre eigene Zukunft.

### Meilenstein: Erfolgreiche Reform

Aufgrund der positiven Erfolge hat die slowakische Regierung gesetzliche Änderungen beschlossen, die auf den Erfahrungen aus dem Projekt aufbauen. 2015 verabschiedete das slowakische Parlament das neue Berufsbildungsgesetz und schuf so die nationale Rechtsgrundlage für das duale Bildungssystem. Das Gesetz basiert zu Teilen auf dem Schweizer Modell. Durch die Reform wird die duale Berufsbildung in der Slowakei gestärkt, was dazu beiträgt, dass die Arbeitslosigkeit verringert und jungen Menschen an ihrem Wohnort bessere Perspektiven geboten werden.

Ein Landwirtschaftsbetrieb im lettischen Eleja konnte sich mit einem Mikrokredit ein neues Auto und Saatgut kaufen. Acht Familienmitglieder arbeiten auf der Farm. Saisonal können zusätzlich vier Mitarbeitende angestellt werden. © SECO



### Mikrokredite für Kleinunternehmen und selbständig Erwerbende in Lettland

## Auswege aus der Arbeitslosigkeit

Infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise stieg die Arbeitslosenquote Lettlands massiv an. Ein Mikrokreditprogramm erleichtert Kleinstunternehmen und selbständig Erwerbenden den Zugang zu Krediten und schafft dadurch neue Arbeitsplätze.

Nach Jahren des Booms brach Lettlands Wirtschaft 2008 aufgrund der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise ein. Die Wirtschaftsleistung des Landes schrumpfte 2009 um 18 % – so dramatisch wie in keinem anderen Land der EU. Die Arbeitslosenquote nahm massiv zu und stieg 2010 auf knapp 20 %.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, beschloss die lettische Regierung, kleinen Unternehmen mit staatlichen Geldern den Zugang zu Krediten zu erleichtern. Denn rund drei Viertel der lettischen Firmen beschäftigen weniger als neun Personen. Mit einem Beitrag in der Höhe von 7.92 Millionen Franken begünstigte die Schweiz weitere Firmengründungen und somit auch die unternehmerische und wirtschaftliche Entwicklung Lettlands.

### Ziele übertroffen

Das Ziel des Programms war es, 650 Kredite zu vergeben und dadurch 900 Arbeitsplätze zu schaffen. Dieses Ziel wurde übertroffen: Mit dem Schweizer Beitrag konnten mehr als 1 000 Mikrokredite vergeben und mehr als 2 500 Stellen geschaffen werden. 49 % der Mikrokredite wurde im Bereich Land- und Forstwirtschaft vergeben. 22 % kam dem Dienstleistungsbereich zu, 15 % dem Handelssektor und 10 % dem verarbeitenden Gewerbe. Die regionale Verteilung war ausgeglichen und auch Randregionen konnten profitieren.

### Entwicklungsbank mit langjähriger Erfahrung

Mit der Umsetzung des Projekts wurde die lettische Entwicklungsbank ALTUM beauftragt. ALTUM richtete einen Kreditfonds ein und vergab unter folgenden Bedingungen Kredite:

- › Selbständig Erwerbende und Unternehmen mit weniger als neun Mitarbeitenden konnten sich für Kredite in der Höhe von maximal 14 000 Euro bewerben. Ab 7 000 Euro mussten sie sich mit mindestens 10 % Eigenkapital beteiligen. Die Zinsen lagen bei 5–8 % pro Jahr.
- › Kreditnehmern, die sich an alle Vorgaben im Kreditvertrag gehalten haben, wurde ein Teil der Rückzahlung erlassen. Bei Kreditnehmern aus grösseren Städten durfte dieser Betrag 700 Euro und in regionalen Gebieten 1 000 Euro nicht übersteigen.
- › 97.6 % der Mikrokredite wurden zurückbezahlt.



Mit dem Gesundheitsprogramm in Litauen wurden die Sterblichkeitsraten von Mutter und Kind gesenkt sowie die Energieeffizienz und das Raumklima in Geburtenabteilungen verbessert.  
© DEZA/SECO



### Energieeffizienz, moderne Ausrüstung und gut ausgebildetes Gesundheitspersonal in Litauen

## Gesundheit von Mutter und Kind

Dank der Schweizer Unterstützung haben sich die Rahmenbedingungen für Mütter und Neugeborene in Litauen stark verbessert. Die Schweiz finanzierte in 27 Spitälern moderne medizinische Geräte, energieeffiziente Renovationen und Weiterbildungen.

Trotz enormer Fortschritte im litauischen Gesundheitssystem seit Anfang der Neunzigerjahre lagen die Mütter- und die Säuglingssterblichkeit 2010 nach wie vor über dem europäischen Durchschnitt. Das Gesundheitssystem war zwar gut organisiert, Infrastruktur und Ausrüstungen waren aber ungenügend. Auch im Bereich der Energieeffizienz bestand Aufholbedarf. Die meisten litauischen Spitäler wurden zwischen 1960 und 1980 im damaligen Sowjetstandard gebaut.

### Säuglingssterblichkeit und Energieverbrauch gesenkt

Inzwischen haben sich die Bedingungen für Neugeborene und Mütter in Litauen erheblich verbessert. Bemerkenswert ist insbesondere die seit 1992 um 80 % gesunkene Säuglingssterblichkeit.

Konkret wurden mit dem Schweizer Beitrag folgende Resultate erzielt:

- › 27 Spitäler wurden mit modernen medizinischen Geräten ausgerüstet.
- › Mehr als 2 300 Pflegerinnen und Pfleger haben an Schulungen teilgenommen.
- › Zur Standardisierung und Systematisierung der wichtigsten Krankheitsbilder wurden 70 Diagnose- und Behandlungsrichtlinien erarbeitet.
- › Türen, Fenster, Dächer und Wände wurden renoviert oder ersetzt, um das Raumklima zu verbessern, Unterhaltskosten zu senken und den Energieverbrauch zu reduzieren.
- › Die Anlagentechnik – Heiz- und Wasserversorgungssysteme, elektrische Installationen, Lüftung, Ventilation – wurde modernisiert. Die Installation von Wärmepumpen und Solarkollektoren ermöglicht die Nutzung erneuerbarer Energien.

### Kontinuität der Unterstützung

Die Unterstützung knüpfte an die Schweizer Transitionshilfe in den Neunzigerjahren an. Der medizinische Fachbereich für Säuglinge in Litauen sei Dank dem langjährigen Austausch mit der Schweiz auf beachtlichem Niveau, lobte Litauens Präsidentin Dalia Grybauskaitė bei ihrem Staatsbesuch in Bern 2015. Das Programm ermöglichte auch eine Spitalpartnerschaft mit dem Universitätsspital Genf und Schweizer Firmen erhielten Aufträge im Umfang von 2.3 Millionen Franken.

Die Rega schult Piloten der rumänischen Luftrettungsdienste: Die Rettungseinsätze werden dadurch sicherer, effizienter und schneller. © DEZA



### Schnellere Notfalldienste in Rumänien

## Erfolgreiche Unterstützung rumänischer Notfalldienste seit 25 Jahren

Mehr als 25 Jahre sind vergangen, seit die Schweiz begonnen hat, die Entwicklung der Notfalldienste in Rumänien zu unterstützen. Durch die konsequente Finanzierung, Kreativität und Innovationsfähigkeit der Schweiz wurde viel erreicht.

In den vergangenen Jahren hat sich die Schweizer Unterstützung rumänischer Notfalldienste stetig verändert und weiterentwickelt. Die Bandbreite an realisierten Projekten ist gross: Es wurden Ausbildungszentren für medizinisches Fachpersonal eingerichtet, der Lehrplan zur Erreichung des Facharztstitels für Notfallmedizin vollständig überarbeitet und Kurse für ein verbessertes Management in der Notaufnahme durchgeführt. Die Schweiz finanzierte auch Instrumente für die Medizintechnik und Schulungen im Umgang mit diesen. Dank der langjährigen Zusammenarbeit konnte Rumänien Gesetzesreformen und Richtlinien für notfallmedizinische Dienste durchsetzen. Im Rahmen des Erweiterungsbeitrags wurden zwei Projekte umgesetzt:

### Die Rega schult Piloten der rumänischen Luftrettungsdienste

Die Rega schulte die Mitarbeitenden der rumänischen Luftrettungsdienste in den Bereichen neue fliegerische Verfahren, Kommunikation, Organisation, Sicherheitsmanagement und Organisationskultur. Um bei Unfällen keine lebenswichtigen Minuten zu verlieren, sollten die Rettungseinsätze sicherer, effizienter und schneller erfolgen. Angehende Lehrpersonen der rumänischen Rettungskräfte nahmen deshalb an medizinischen Weiterbildungskursen der Rega teil. Sie absolvierten unter anderem Trainingseinheiten in einem Flugsimulator im Trainingszentrum der Schweizer Luftwaffe auf dem Militärflugplatz Emmen.

### Lernen durch Simulationstraining

Der Ausbau von Simulationsausbildungen in Anästhesie und Intensivmedizin – beides Hochrisikobereiche mit minimaler Fehlertoleranz – steigert die Qualität des rumänischen Gesundheitswesens Anders als in der Schule ist das Lernen im Simulationszentrum erfahrungsbasiert: Die Teilnehmenden machen im simulierten Szenario eine konkrete Erfahrung, die relevant für den klinischen Alltag ist. Mittels Live-Übertragung können auch die übrigen Teilnehmenden das Geschehen miterleben. Die aktiven Personen können sich anschliessend anhand des Videos beobachten. Diese Beobachtungen sind wichtig für gemeinsame Diskussionen und die Analyse: Welche Gedanken, Handlungen und Abläufe haben sich bewährt und welche können verändert werden? Simulationstrainings eignen sich besonders gut dazu eingefahrene Routinen zu verbessern.



In Polen wurde die Grenzsicherheit erhöht. 90 % der mobilen polnischen Grenzwächter konnten ihre Fachkenntnisse dank Schulungen vertiefen.  
© DEZA



### Verbessertes Grenz- und Migrationsmanagement in Polen

## Sichere Grenzen und verbesserte Integrationsmassnahmen

In Polen investierte die Schweiz in eine Modernisierung von Grenzübergängen an der EU-Aussengrenze sowie in die Aus- und Weiterbildung von Fachpersonen im Bereich der Integration und des Migrationsmanagements. Dadurch wurde die Funktionsweise der Schengen-Ostgrenze effizienter und der Integrationsprozess von Migrantinnen und Migranten nachhaltiger gestaltet. Dies ist nicht nur für Polen und die EU wichtig, sondern fördert insgesamt auch die Sicherheit der Schweiz.

Polen hat mit knapp 1 200 Kilometern eine der längsten Schengen-Aussengrenzen der EU. Die Infrastruktur an Grenzübergängen ist hingegen oft veraltet und renovationsbedürftig, wodurch Grenzkontrollen oft nicht effizient ausgeführt werden können.

### Erhöhung der Sicherheit an der EU-Aussengrenze

Der Erweiterungsbeitrag investierte deshalb in eine moderne und zeitgemässe Ausrüstung an der Schengen-Aussengrenze. An der Grenze zu Weissrussland wurden zwei Grenzübergänge für den Auto- und Bahnverkehr renoviert und so ausgerüstet, dass sie Schengen-Standards erreichen. Dank gezielter Infrastrukturinvestitionen können an diesen Grenzübergängen fortan auch Lebensmittelkontrollen und tierärztliche Untersuchungen durchgeführt werden. Trotz des stark wachsenden Grenzverkehrs kann das Grenzpersonal nun seine Aufgabe effizienter erfüllen und den Schmuggel von Personen und Gütern dank funktionierender Grenzkontrollen und Zollabfertigungen besser bekämpfen. Durch Weiterbildungsseminare mit Grenzschützern der Schweiz und Polens hat zudem ein Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch stattgefunden, von dem beide Seiten profitieren konnten.

### Verbessertes Migrationsmanagement

In den vergangenen Jahren ist die Anzahl an Migrantinnen und Migranten in Polen gestiegen. Die Schweiz hat Polen deshalb dabei unterstützt, sein Migrationsmanagement zu verbessern. Insgesamt profitierten 72 polnische Institutionen, darunter 26 Nichtregierungsorganisationen sowie Vereinigungen von Migrantinnen und Migranten von Weiterbildungsseminaren zu Migrations- und Diversitätsmanagement sowie Kursen zur polnischen Kultur.

Die Gründung einer landesweiten Plattform zu Migration für Diaspora-Vereinungen, Nichtregierungsorganisationen sowie staatliche Stellen hat den Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren verbessert. Dank dieses Austausches konnten sich staatliche Stellen vor dem Verfassen neuer Richtlinien zu Migration besser über die Erwartungen und Bedürfnisse der betroffenen Organisationen informieren. Diese Massnahmen fördern auch den interkulturellen Dialog und das Verständnis für Themen rund um die Migration derjenigen Akteure, die den Integrationsprozess beeinflussen.

Arbeiter sichern  
das Ufergelände  
des ungarischen  
Flusses Theiss gegen  
Überschwemmungen ab.  
© DEZA



### Prävention und Bewältigung von Überschwemmungen in Nordost-Ungarn

## Hochwasserschutz mit Schweizer Fachwissen

Angepasste Notfallpläne, leicht transportierbare Notfalldämme und die Stabilisierung von Schutzwällen haben die Überschwemmungsgefahr in Nordost-Ungarn stark reduziert. So sind in Zukunft Tausende Menschen besser vor Hochwasser geschützt. Die ETH Zürich sowie ein Schweizer Unternehmen waren eng in die Projektumsetzung eingebunden.

Als Folge des Klimawandels und menschlicher Eingriffe wie Waldrodungen haben sich Hochwasser-Risiken entlang der Theiss und anderen Flüssen Nordost-Ungarns in den letzten Jahren stark erhöht. Häufigere Überschwemmungen, welche grosse Schäden anrichteten, waren die Folge. Mit ihren Projekten und dank der Erfahrung aus dem eigenen Land unterstützte die Schweiz die ungarischen Behörden darin, den Hochwasserkatastrophen mit geeigneten Schutzmassnahmen vorzubeugen.

### Im Notfall besserer Schutz vor Überschwemmungen

Am Theiss-Ufer in der Nähe zur Ukraine wurden mit Luftaufnahmen Daten zur topographischen Situation und zur Vegetation entlang des Flussufers gesammelt. Darauf aufbauend wurden die Notfallpläne für Schutzmassnahmen bei Hochwasser auf den neuesten Stand gebracht und Dämme über rund 120 Kilometer kontrolliert. Dies war besonders wichtig, da es im ukrainischen Teil des Flusses keine Sicherheitsreservoirs zum Auffangen von Wasser bei starkem Regenfall gibt. Zusätzlich wurden die ungarischen Behörden mit mobilen Schutzdämmen ausgerüstet, welche ein Schweizer Unternehmen liefern konnte. Ähnlich wie in der Schweiz können sie dadurch rasch auf ansteigende Wasserspiegel reagieren und die leicht transportierbaren Dämme an den grössten Gefahrenstellen des Landes einsetzen.

### Zuverlässige Prognosemeldungen für Hochwasser

Ergänzend dazu wurde für das Einzugsgebiet der Theiss ein zuverlässiges Prognosemodell für Hochwasser entwickelt. Schweizer Experten der ETH Zürich unterstützten die Erarbeitung des komplexen Prognose-Modells. Kombiniert mit einem Netzwerk für hydrologische Messungen (Wasserstand, Temperatur und Niederschläge) und sicheren Kommunikationswegen für Entscheidungsträgerinnen und -träger im Krisenfall ist es nun möglich, schnellere Entscheide zur Eindämmung von Hochwasser zu treffen.

Die 98 Partnerschaftsprojekte zwischen der Schweiz und der Tschechischen Republik ermöglichten den fachlichen Austausch beispielsweise im Bereich Verkehr. © DEZA



### Partnerschaftsfonds in der Tschechischen Republik

## Partnerschaften für die Zukunft

Ein Partnerschaftsfonds förderte 98 bilaterale Partnerschaften zwischen Schweizer und Tschechischen Institutionen, die dem Erfahrungsaustausch dienen - beispielsweise in den Bereichen Langsamverkehr, pädagogische Ausbildung und Umweltschutz. Die Partnerschaften auf lokaler und nationaler Ebene stärkten die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Tschechischen Republik.

Die Schweiz verfügt in vielen Bereichen wie beispielsweise dem Umweltschutz oder im Sozialbereich über einen hohen Wissensstand. Aufgrund meist historisch bedingter fehlender Erfahrung in den Partnerstaaten können Schweizer Organisationen somit viel zu positiven Entwicklungen beitragen. So unterstützte die Schweiz beispielsweise in der Tschechischen Republik eine Studie zu Kinderrechten, welche für eine Gesetzesänderung und den dazugehörigen landesweiten Aktionsplan zu Rate gezogen wurde.

### Partnerschaft für den Langsamverkehr

Ein weiteres Projektbeispiel gibt Einblick in das vielfältige Portfolio von Partnerschaftsprojekten. Die Schweiz verfügt über reichhaltige Erfahrung im Bereich des Langsamverkehrs. Die Stiftung SchweizMobil fördert durch ausgewählte Routen für Fussgänger, Fahrradfahrer, Inline-Skater und sogar für Kanus die Fortbewegung ohne Motor. Das tschechische Gegenstück dazu ist das Greenway Programm der tschechischen Organisation Nadace Partnerství. Gegenseitige Besuche regten Ideen an, wie das Modell von SchweizMobil in der Tschechischen Republik umgesetzt werden kann. In der Folge wurden Radtouren als vielversprechendes Angebot zur Förderung des Langsamverkehrs in der Tschechischen Republik identifiziert, wofür das Greenway Programm nun erfolgreich eine eigene Website betreibt.

### Gestärkte bilaterale Beziehungen

In der Tschechischen Republik bleiben viele Partnerschaften, die durch den Erweiterungsbeitrag gefördert wurden, auch nach Abschluss der Beitragsperiode bestehen. Lukas Stadtherr von SchweizMobil bestätigt dies: «Die Zusammenarbeit mit unseren tschechischen Partnern war extrem motivierend und ein Mehrwert für beide Seiten. Die Kontakte, welche so entstanden sind, wurden kontinuierlich ausgebaut und werden weiterhin gepflegt, unter anderem innerhalb des europäischen Netzwerks EuroVelo.» Insgesamt wurden in der Tschechischen Republik in 98 Projekte 4.11 Millionen Franken investiert. Als Partner wirkten Stiftungen, Vereine, Gemeinden und Städte.

## **Impressum**

### **Herausgeber:**

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA

**Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA**

3003 Bern

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

**Staatssekretariat für Wirtschaft SECO**

3003 Bern

### **Gestaltung:**

Team Audiovisuell, Kommunikation EDA

### **Download:**

[www.erweiterungsbeitrag.admin.ch](http://www.erweiterungsbeitrag.admin.ch) (Rubrik Publikationen)

### **Fachkontakt:**

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

Abteilung EU-Mitgliedstaaten

Freiburgstrasse 130

3003 Bern

Telefon: +41 58 462 68 46

[swiss-contribution@eda.admin.ch](mailto:swiss-contribution@eda.admin.ch)

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Ressort Erweiterungsbeitrag/Kohäsion

Holzikofenweg 36

3003 Bern

Telefon: +41 58 462 78 24

[swiss-contribution@seco.admin.ch](mailto:swiss-contribution@seco.admin.ch)

[www.erweiterungsbeitrag.admin.ch](http://www.erweiterungsbeitrag.admin.ch)